

Volksentscheid am 26. April:  
**Hingehen und NEIN sagen!**  
Für eine tolerante und weltoffene Stadt!



Plakatmotiv des Bündnisses Pro Ethik ([www.gemeinsam-ist-besser.de](http://www.gemeinsam-ist-besser.de))

## Bürgerhaushalt geht alle an

Von Dr. Petra Brangsch

Der Bürgerhaushalt geht in das fünfte Jahr. Er gibt den Bürgern zum fünften Mal die Möglichkeit, sich aktiv in die Haushaltspolitik des Bezirkes einzumischen – allen Begrenztheiten zum Trotz, die der zugegeben immer noch komplizierte Prozess der Erarbeitung des Bürgerhaushaltes mit sich bringt.

Auch wenn dieser Prozess parteienübergreifend gestaltet wird, ist er doch vor allem aufgrund des Engagements unserer Bürgermeisterin, Christina Emmrich, zustande gekommen. Darauf können wir stolz sein, denn was DIE LINKE hier begonnen hat, ist bundesweit einmalig.

Indes: So ein Bürgerhaushalt lebt vom Engagement möglichst vieler Bürger. Sicher beteiligen sich auch eine Reihe von Genossen. Erforderlich ist aber, dass sich nicht nur einige „Aktivisten“, sondern alle Basisorganisationen unseres Bezirksverbandes einbringen. Denn der Bürgerhaushalt ist ein wichtiges Mittel, um im Bezirk etwas zu bewegen.

Wollen wir verhindern, dass sich der Prozess der Erarbeitung des Bürgerhaushaltes im bloßen Umverteilen vorhandener spärlicher Mittel erschöpft, müssen wir ihn für weitergehende Diskussionen nutzen und als ein Instrument auf dem Weg zur Bürgerkommune begreifen. Gemeinsam mit anderen darüber zu diskutieren und gleichzeitig in Entscheidungen einzugreifen – darum geht es schließlich. Gesellschaft von unten verändern – der Bürgerhaushalt ist ein solches Instrument zur Veränderung. Dieses Potential ist längst noch nicht ausgeschöpft.

# NEIN am 26. April!

Über den sogenannten Pro-Reli-Volksentscheid sprach Inge Uessler mit dem Vorsitzenden der VN-BdA, Professor Heinrich Fink

● Als evangelischer Theologe, Christ und Mitglied der LINKEN wirst Du gegen das Anliegen von „Pro Reli“ stimmen. Warum?

Ich sehe im gemeinsamen Ethikunterricht eine Chance für Integration, gegenseitiges Kennenlernen und lebendigen Erfahrungsaustausch. Kinder und Jugendliche lernen unterschiedliche Glaubens- und Lebenswelten und deren historische, kulturelle und auch familiär-häusliche Wurzeln kennen. Nur so wächst Achtung voreinander. Sie werden sich auch später an die Mitschüler erinnern, die aus islamischen, jüdischen, christlichen Elternhäusern kamen, und an die, welche sich zum Atheismus bekannt haben. Für mich ist die gemeinsame Lebenserfahrung die wichtigste Information. In keinem andern Unterrichtsfach gibt es solche Gelegenheiten, verschiedene Wertevorstellungen, Überzeugungen,

Ziele miteinander zu diskutieren, über Konfliktlösungen zu reden. Alle bereichern sich gegenseitig im Zusammenleben.

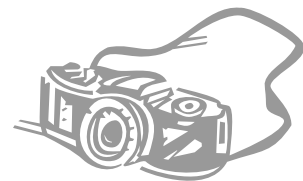
● Die Argumente der „Pro-Reli“-Befürworter haben manchen zur Unterschrift unter das Volksbegehren bewogen. Auch die evangelische Kirche gehört zu den Befürwortern. Was gefällt Dir an deren Argumenten nicht?

Sie überzeugen mich nicht: Ethik für alle gleichermaßen plus Unterricht durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften bedeutet nicht weniger, sondern mehr Freiheit. Die Kirche z. B. verschweigt, dass es ihr auch ums Geld geht. Pflichtfach Ethik oder Pflichtfach Religion würde bedeuten, dass der Staat alles bezahlt. Ich möchte, dass der zu 90 Prozent aus Steuergeldern finanzierte Religionsunterricht bestehen bleibt, den jeder frei wählen kann. Die „Pro-Reli“-Anhänger streben offensichtlich nach weiterer Aufteilung der Schüler in weltanschauliche, ethnische oder soziale Gruppen. Dagegen bin ich.

● Weitere Infos auf den Seiten 5 und 6.

## In dieser Ausgabe

- Musikalische Früherziehung (Seite 2)
- Wozu die Autobahn verlängern? (Seite 3)
- Gesundheit (k)ein Luxus (Seite 4)
- Aus dem Europawahlprogramm der LINKEN (Seite 6)
- Vor und hinter Europas Mauer (Seite 7)



## Kinder- und familienfreundlich

Für „info links“ informierte sich Petra Weitling bei der Leiterin der Kita „Sonnenschein“, Frau Baldowski, bei Frau Conradi, Programmbe-reichsleiterin, bei der Musiklehrerin Frau Willborn und beim Direktor der Schostakowitsch-Musikschule, Herrn Hengst.

Bereits seit 2006 ist musikalische Früherziehung von Kindern kostenlos in unserem Bezirk. Inzwischen werden ca. 3 000 Kinder von 3 bis 6 Jahren in 60 Kitas von ca. 27 Lehrern und Lehrerinnen für Musik begeistert. Eine dieser Einrichtungen mit frühkindlicher Musikerziehung ist die Kita „Sonnenschein“ in der Wustrower Straße.

Musikerziehung findet dort an zwei Vormittagen in der Woche mit jeweils 45 Minuten in sieben Gruppen statt. Die anfängliche Skepsis von Eltern und Erziehern ist in Begeisterung umgeschlagen, die auch von Lehrern der Musikschule, vor allen aber von den Kindern geteilt wird. Musikerziehung ist inzwischen so beliebt, dass nicht nur in der Kita „Sonnenschein“, sondern auch in den anderen Kitas des Bezirks zusätzliche „Musik-Gruppen“ eingerichtet werden mussten. „Inzwischen gibt es bereits Wartelisten“, sagt Frau Conradi, die den Programmbereich „frühkindliche musikalische Erziehung“ betreut.

„Die Kinder können die Tage mit dem Musikunterricht kaum erwarten, sie freuen sich schon Tage vorher auf die knappe Stunde, die



sie mit der Musiklehrerin verbringen dürfen“, freut sich Frau Baldowski. Die Kleinen werden an die verschiedenen Instrumente herangeführt. Klanghölzer spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie lernen frühzeitig, in verschiedenen Rollen zu spielen, zu singen und zu tanzen.

Die Kita-Leiterin beobachtete, dass die unterschiedliche Nationalität der Kinder keine Rolle spielt. „Musik vereinigt und verbindet sie alle“, bestätigt Frau Willborn, die Musiklehrerin. „Die Musik trägt dazu bei, dass die Kinder viel sozialer und freundschaftlicher miteinander umgehen.“ Der musikalische Erstkontakt in der Kita und weiterführend in der

*Musik macht Spaß in jedem Alter*

Grundschule führt zur Überwindung sozialer Abgrenzungen und zu mehr Toleranz bei den Kindern und auch bei den Eltern. Die frühkindliche Musikerziehung muss daher Bestandteil des pädagogischen Konzepts einer Gemeinschaftsschule sein.

„Die gute Ausbildung durch die Musiklehrer hat dazu geführt, dass die Kinder auf vielen Veranstaltungen des Bezirkes mit ihren Aufführungen gern gesehene Gäste sind“, bekräftigte der Direktor der Schostakowitsch-Musikschule Olaf Hengst.

## Kein Grund zum Jubeln

Ein Militärbündnis – die NATO – wird sechzig. Nicht nur Linke sehen darin keinen Grund zum Jubeln. Denn dieser Militärpakt war und blieb stets ein Produkt und Instrument des „kalten Krieges“. Zwar verpflichtet sein Artikel 1 die Vertragsteilnehmer, „in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist“.

Aber dieser Artikel diene nur der Verschleierung der gewaltigen Rüstungen, der umfassenden militärischen Planungen und aggressiven Handlungen (z. B. vor zehn Jahren

gegen Jugoslawien), inzwischen weit über das Geltungsgebiet der NATO hinaus. Während SEATO und CENTO, die fernöstlichen und mittelasiatischen Versionen der NATO, längst im Orkus der Geschichte verschwanden, blüht die NATO munter fort, expandiert sogar. Für Rüstung geben die NATO-Staaten derzeit mehr aus als während der Hochzeiten des „kalten Krieges“. Zwar ist von einem neuen strategischen Konzept die Rede, aber wie dies angesichts der steten Bemühungen der NATO, Russland militärisch einzukreisen, aussehen soll, bleibt offen. Sicher wird der Kampf um Energie- und Rohstoffquellen eine Rolle spielen. Für weltweite „Terrorabwehr“ taugt solch ein Militärkoloss nicht.

Das NATO-Jubiläum sollte deshalb vor allem Anlass sein, Beschlüsse anzustoßen, dieses kapital- und ressourcenverschlingende Fossil des „kalten Krieges“ so rasch wie möglich aufzulösen. Die Welt würde sicherer. *M.W.*





## Klimakiller kommt nicht

Vattenfalls Entscheidung, in Lichtenberg kein riesiges Steinkohlekraftwerk zu bauen, ist ein großer Erfolg – für die Stadt und vor allem für die vielen engagierten Bürger. Dank gilt der „Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk“ und den Umweltverbänden für ihre unermüdliche Arbeit, der Umweltsenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) sowie der Fraktion der LINKEN in der BVV für ihre klare Position.

Jetzt versuchen einzelne Kohle- und Kühlturm-Parteien, den Erfolg ausschließlich für sich zu verbuchen. Das ist nicht nur anmaßend, sondern auch zugleich ein Ausdruck der traurigen Verfasstheit dieser Parteien.

Denn nur gemeinsamer ständiger Druck auf Vattenfall hat erreicht, dass das Unternehmen schließlich ein zukunftstaugliches Konzept für die Berliner Kraftwerksstandorte vorgelegt hat. Vattenfall will damit der Energiepartner für Berlin bleiben und Mitverantwortung für die Erreichung der ambitionierten

Klimaschutzziele des Landes übernehmen. Die Abkehr vom Kohlekraftwerk Klingenberg ist von immenser Bedeutung für den Klimaschutz in Berlin und vor allem in Lichtenberg.

Am Energie- und Industriestandort Rummelsburg soll auch künftig Energie erzeugt werden – nun aber weitgehend auf Basis regenerativer Rohstoffe. Neben den schon angezeigten Gaskraftwerken in Marzahn und Lichterfelde sollen hier zwei Biomasseanlagen in Kraft-Wärme-Kopplung konzipiert werden. Solch ein Plan entspricht eher den Anforderungen der Gegenwart als ein Steinkohlekraftwerk.

Klar ist aber auch, dass die Debatte mit Vattenfall um die konkrete Planung eines möglichst klima- und umweltschonenden Kraftwerks nun erst richtig beginnt. Ging es bislang um den Grundsatz, werden wir uns nun in die Details begeben müssen. Der Bezirk muss seinen Teil beitragen und nun die konkreten planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine alternative Fernwärmeversorgung schaffen. *Michael Grunst, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit*



Foto: Jörg Rückmann

## Wozu die Autobahn verlängern?

Von Jutta Matuschek, MdA

Bei den Koalitionsverhandlungen 2006 konnte sich DIE LINKE mit ihrer kritischen Position zur Verlängerung der Autobahn BAB 100 von Neukölln in den Ostteil Berlins nicht durchsetzen. Allerdings wurde eindeutig vereinbart, nur bis zum Treptower Park zu bauen. Dennoch hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung den Abschnitt bis zur Frankfurter Allee inzwischen im Bundesverkehrswegeplan verankern lassen und bewirbt auch diese Verlängerung, um den Bürgern die Vorzüge des Weiterbaus der Autobahn in den Ostteil Berlins schmackhaft zu machen.

Dabei sprechen alle Fakten gegen das Projekt: Begründet wird der Bau mit steigendem Autoverkehr. Der ist allerdings in Berlin in den vergangenen Jahren geringer als noch zu Beginn des Jahrtausends. Diesen Trend zu fördern wäre richtig. Was wächst, ist vor allem der LKW-Verkehr. Der wird durch die Verlängerung noch bequemer und schneller in innerstädtische Gebiete gelotst.

Die Senatsverwaltung verspricht weniger Verkehr in Wohngebieten. Dies soll durch Bündelung des vorhandenen Verkehrs auf die „leistungsfähige Trasse“ geschehen. Bünde-

lung setzt aber immer auch Zufahrts- und Abfahrtswege voraus. Die versprochene Entlastung erfahren Stadtgebiete, die weit weg sind. So soll die größte Entlastung z. B. in der Leipziger Straße erreicht werden.

Die andere Seite der Medaille sind die Belastungen an der Autobahntrasse und deren Umfeld. Trotz aller technischer Bemühungen zum Lärmschutz ist der Lärmteppich ca. 400 Meter breit. Alt-Treptow und der Treptower Park versinken im Lärm, auch wenn die gesetzlich zugelassenen Höchstgrenzen teilweise gerade so erreicht werden.

Doch am kritischsten sind die langfristigen Folgen für die Stadtstruktur. Im Sozialatlas nachzulesen reihen sich die problematischen und von sozialem Abstieg besonders betroffenen Wohnquartiere wie eine Perlenschnur entlang der Autobahn durch Friedenau und Neukölln. Die neue Schneise wird wie eine Mauer die zentrumsnahen von den entfernteren, dennoch innerstädtischen Stadtgebieten trennen. Damit verschärfen sich aber auch die problematischen Folgen der Stadtentwicklungsstrategie Innenstadt vor Außenstadt. Innen hui, außen pfui – soll das die Perspektive für Berlins Zukunft sein?

Gerade werden Millionen von Steuergeldern für den verbesserten Klimaschutz ausgegeben. Wärmedämmung, Verhinderung eines neuen Kohlekraftwerks, Umstellung von Heizungsanlagen – das alles sind richtige Schrit-

te, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Berlin zu senken. Doch gerade beim Autoverkehr, dem größten Erzeuger klimaschädlicher Gase, wird nicht gespart, sondern richtig draufgelegt. Das ist zukunftsfeindlich.

Obwohl die Senatsverwaltung für einen schnellen Weiterbau bis zur Frankfurter Allee plädiert, ist dieser nicht absehbar. Der Abschnitt bis zum Treptower Park wird mehr als 140 000 Euro pro Meter kosten und ist damit teurer als der Transrapid. Somit wird auf absehbare Zeit der gesamte Autobahnverkehr am Treptower Park enden und kann sich von dort nur in zwei Richtungen fortsetzen. Die eine Richtung geht über die Eisenbrücke nach Lichtenberg und trifft mit aller Härte den Rudolfskiez, die Stralauer und Rummelsburger Wohngebiete und Friedrichshain. Die andere Strecke geht über die Schlesische Straße direkt nach Kreuzberg. Das hat die dortige BVV auch erkannt und sich in einer parteiübergreifenden Resolution gegen die Autobahn und damit gegen die Abwälzung der Folgen einer veralteten Verkehrspolitik ausgesprochen.

Das kann übrigens auch jeder Bürger tun mit einer Einwendung zum Planfeststellungsverfahren bis zum 26. April. Informationen und Tipps gibt es unter [www.stop-a100.de/was-kann-ich-tun/einwendungen](http://www.stop-a100.de/was-kann-ich-tun/einwendungen), beim Bund für Umwelt und Naturschutz und bei der LINKEN im Abgeordnetenhaus und in Friedrichshain-Kreuzberg.



## Ein Ärgernis behoben?

Das mobile Bürgeramt am Anton-Saefkow-Platz hat seine Arbeit verbessert. In der ersten Etage der Anton-Saefkow-Bibliothek wurde mehr Platz geschaffen. Das wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales/Mieterinteressen bekannt. Der Ausschuss dankte dem Vorsteher der BVV, Rainer Bosse, Mitglied des Bürgervereins Fennpfuhl und Anwohner am Anton-Saefkow-Platz, sowie der Leiterin des Amtes für Weiterbildung, Frau Evelin Müller. Deren Initiative führte unbürokratisch und schnell zu der jetzigen Lösung: Ein Wartebereich wurde eingerichtet und die notwendige Diskretion für Besucher ermöglicht. Mehrere Aufsteller weisen nun auch den Weg zum mobilen Bürgeramt. *Joachim Pampel*

## Gesundheit – (k)ein Luxus

Die ärztliche Versorgung in Lichtenberg ist das Thema eines Forums, zu dem die Seniorenvertretung des Bezirks, das Bezirksamt und der zuständige Ausschuss in der BVV herzlich einladen. Experten der AOK Berlin, der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, des Ärztenetzwerks Hohenschönhausen sowie des „Polikum Fennpfuhl“ wollen Rede und Antwort stehen.

„Es kann uns nicht einerlei sein, wenn die ärztliche Versorgungsstruktur in Lichtenberg ausgedünnt wird und wegbricht“, erklärte Jürgen Steinbrück, einer der Organisatoren dieser Veranstaltung: „Die Wege zum Arzt



Foto: Dr. Daniela Fuchs-Frotscher

werden immer weiter, die Wartezeiten immer länger und die Arztpraxen immer voller. Das sind unsere Erfahrungen, und darüber wollen wir reden. Im Ergebnis soll auch eine Resolution unseren Willen zur Gleichbehandlung und zur Verhinderung einer Zweiklassenmedizin unterstreichen. Herzlich eingeladen sind übrigens nicht nur die Senioren des Bezirks, denn Gesundheit geht alle an.“ *J. Steinbrück, Seniorenvertretung Lichtenberg*

- **„Damit Gesundheit kein Luxus wird“**, Forum am 22. April, 16 bis 18 Uhr im kommunalen Seniorenheim „Judith Auer“, Judith-Auer-Straße 8

Am 13. März ehrte die Lichtenberger LINKE an der Blutmauer im Park an der Möllendorffstraße die Opfer des Freikorpsterrors 1919. Professor Jürgen Hofmann, Vorsitzender des Kulturausschusses der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung, sagte aus diesem Anlass: „Dieser Ort steht symbolisch für das Ende der Revolution 1919 in Berlin. Sie fegte im November 1918 die Monarchie hinweg und ebnete den Weg in die erste deutsche Republik. Der Weg zu Demokratie wurde frei. Während der Auftakt der Revolution nahezu unblutig verlief, war ihr Ende ein bis dahin nicht gekanntes Blutbad.“

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Lichtenberg leuchtet

Das Nicaragua-Giebelwandgemälde an der Lichtenberger Brücke soll auch künftig nachts in die Stadt leuchten. Für den Betrieb der seit 2006 auf Empfehlung des Staatsschutzes installierten Scheinwerfer beantragte die LINKE, 780 Euro aus dem Sondermittelfonds der BVV bereitzustellen.

### Flächen nachnutzen

Die Flächen der ehemaligen „Seeterassen“ am Fennpfuhl und des Kinderkrankenhauses Lindenhof sollen nachgenutzt werden. Einem Antrag der LINKEN in der BVV folgend, wird das Bezirksamt entsprechende Überlegungen und Planungen anstellen.

### Ärzte gesucht

Drei Kinderärzte, ein Therapeut sowie ein Sozialarbeiter werden bis 2010/2011 für den öffentlichen Gesundheitsdienst gesucht. Dies wurde im Gesundheitsausschuss der BVV kürzlich mitgeteilt. Im Stellenpool des Landes findet sich dafür kein Fachpersonal.

### Neues Berufsbild

„Technisch-kaufmännischer Assistent für Gebäudeservice“ kann man jetzt nach einer dreijährigen Ausbildung am Oberstufenzentrum „Max-Taut“ werden. Schüler mit mittlerem Schulabschluss können sich bei der Abteilung 3 in der Fischerstraße 36 bewerben (Telefon: 522 80-141).

### Hallenwechsel

1,4 Millionen Euro kostet die Sanierung der Sporthalle Alt-Friedrichsfelde 60. Die Halle befindet sich nicht im Fachvermögen des Bezirkes. Gegenwärtig prüft das Bezirksamt eine Verlagerung des Sportbetriebes in die Sporthalle Allee der Kosmonauten 22 (ehemals FHTW).

### Gefragte Bürgerämter

13 915 Termine für Sprechstunden wurden 2008 in Lichtenbergs Bürgerämtern wahrgenommen. Auch das „Bürgertelefon“ erfreut sich regen Zuspruchs: So wurden im vergangenen Jahr 67 867 telefonische Auskünfte erteilt.

## Aus dem Europawahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE (Teil 1)

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) bieten den Bürgern in der EU die **Chance**, auf die Zusammensetzung des EP Einfluss zu nehmen und **die bisherige neoliberale Mehrheit abzuwählen**.

Das wäre eine notwendige Bedingung für ein anderes, soziales, friedliches, nachhaltiges und feministisches Europa. Für uns Deutsche, denen Volksentscheide vorenthalten werden, sind **die Wahlen zum Europäischen Parlament die einzige Möglichkeit, auf parlamentarischem Weg Einfluss auf EU-Politik zu nehmen**.

Die Europawahlen finden mitten in der schwersten globalen Wirtschaftskrise seit 80 Jahren und einer tiefen Krise der Demokratie der Europäischen Union statt. Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand in Europa sind in Gefahr, Millionen leben in großer Sorge um die Zukunft. Die Politik der Wirtschaftsfreiheiten und des freien Wettbewerbs, der unkontrollierten Finanzströme, der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist gescheitert. Wirtschaftskrise und weltweite militärische Interventionen sind zwei Seiten neoliberaler Politik. Der Vertrag von Lissabon soll diese fatale Politik fortsetzen. Die Europäische Union braucht

deshalb einen **politischen Wechsel, damit Europa eine soziale, demokratische und friedliche Zukunft hat**.

Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung vieler Bürgerinnen und Bürger für Europa auf lange Zeit verspielt. Im Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialausgaben haben sie ... die Arbeitnehmer der europäischen Staaten gegeneinander ausgespielt.

Die Europäische Union hat bisher darauf verzichtet, die politischen Instrumente zu schaffen, um auf globale Krisen der Wirtschaft, der Energie- und Lebensmittelversorgung sowie auf Klimaveränderungen angemessen zu reagieren. Europäische Union, EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof sind bislang auf eine Politik festgelegt, die zu den **Ursachen dieser Krisen zählt: Durchsetzung der europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, Durchsetzung von Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung**.

**Wer andere, am europäischen Allgemeinwohl und den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Regeln will, muss die herrschende Politik in der EU abwählen.**

*Wird fortgesetzt. Auswahl: Martin Walter*

## Veranstaltungen

- **Freitag, 3.4., 10–12 Uhr**  
Dr. Gregor Gysi, MdB, zu Gast in der Veranstaltung „Der besondere Freitag“ in der Kiezspinne: „Zur aktuellen politischen Lage“; Schulze-Boysen-Straße 38
- **Sonnabend, 4.4., 10–12 Uhr\***  
Gespräch mit Christina Emmrich über die Konzeption zum Bürgerhaushalt 2011
- **Montag, 6.4., 18 Uhr**  
„Ein Volksentscheid für den gemeinsamen Ethikunterricht“, Bürgerversammlung mit Marion Platta, MdA; Bibliothek am Anton-Saefkow-Platz
- **Mittwoch, 15.4., 18.30 Uhr\*\***  
Beratung mit den Sprechern Hohenschönhausen
- **Dienstag, 21.4., 18 Uhr**  
„Gibt es einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise?“, Forum mit Prof. Harry Nick; G.-Forster-Gymnasium, Dolgenseestr. 60
- **Dienstag, 21.4., 19 Uhr\***  
Beratung mit den Leitern der Wahlkreisaktive und der Sprecherräte
- **Dienstag, 28.4., 19 Uhr**  
„EU-Europa und der Vertrag von Lissabon“, Forum mit Dr. Erhard Crome; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112

Veranstaltungsort:

\* Alfred-Kowalke-Straße 14, \*\* Ahrenshooper Straße 5



Die Materialschlacht um Volkes Stimme hat begonnen. Aber nicht der mit den größten Plakaten hat auch die besten Argumente. Unser Tipp: Hingehen und NEIN ankreuzen!

## Plakate fürs NEIN

Fleißige Helfer haben die ersten Plakate des „Bündnisses Pro Ethik“ und der LINKEN an die Masten gebracht. Die Aktion ist aber noch nicht abgeschlossen. Plakate können in der Geschäftsstelle der LINKEN (Alfred-Kowalke-Straße 14) und im Bürgerbüro (Ahrenshooper Straße 5) abgeholt werden.

Ab 14. April wollen wir außerdem 30 000 Bürgerbriefe verteilen, wir werden auf den Straßen und Plätzen präsent sein und mit Flyern, Postkarten und der „BerlinInfo“ die Leute über unser Anliegen informieren. Die Materialien sind rechtzeitig in der Geschäftsstelle und im Bürgerbüro erhältlich. Für unsere Aktionen benötigen wir noch viele fleißige Hände.  
*Wolfgang Schmidt*

### Bitte beachten

Am **Donnerstag, dem 9. April 2009**, bleibt die Geschäftsstelle der LINKEN (Alfred-Kowalke-Straße 14) geschlossen.



## Imstand für den Stand

In vielen Gesprächen zeigt sich, dass es ein erschreckendes Unwissen darüber gibt, warum es beim Volksentscheid am 26. April überhaupt geht, was mit dem verpflichtenden Ethikunterricht für alle erreicht wird, welche Rückschritte drohen, wenn sich „Pro Reli“ durchsetzen sollte. Auf einiges soll hier noch einmal eingegangen werden.

### ● Worum geht es überhaupt?

Auf diese Frage werden zuweilen die abenteuerlichsten Antworten gegeben – auch in den Medien. Deshalb sollten wir in allen Gesprächen immer wieder darauf hinweisen, dass am 26. April über eine Frage entschieden wird: Werden das bisherige schulische Pflichtfach „Ethik“ und das bisherige Wahlfach „Religion“ alternative Wahlpflichtfächer oder nicht?

Gegenwärtig müssen in Berlin alle Kinder ab der 7. Klasse am weltanschaulich neutralen Ethikunterricht teilnehmen, und sie können sich darüber hinaus – im Übrigen ab dem 1. Schuljahr – am freiwilligen Religionsunterricht beteiligen. „Pro Reli“ will erreichen, dass sich alle Kinder bzw. deren Eltern entscheiden müssen, ob die schulische Werteerziehung über das weltanschaulich unabhängige Fach „Ethik“ oder über das weltanschaulich gebundene Fach „Religion“ erfolgen soll.

## Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 29. April, 16 Uhr, Bürgerhaus Welsekiez, Welsestraße 30
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 23. April, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Fennpfuhl, Landsberger Allee 180 D
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 6. April, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und immer montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 6. April, AGH, Zimmer 417 a, sowie 22. April, 17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10

Wir bieten auch Termine nach Vereinbarung an und kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



### ● Wäre eine Wahl „zwischen zwei Ethikfächern“ denn so schlimm?

In „Ethik“ würden doch wie in „Religion“ Werte vermittelt werden. Im Prinzip sei es doch egal, ob das über die zehn Gebote oder das Grundgesetz geschehe. Das ist eine durchaus häufige Argumentation.

Doch stopp! Ethik ist ein weltanschaulich neutrales Fach. Hier erschließen sich alle Schüler gemeinsam Werte – unabhängig von ihrer Religion und kulturellen Herkunft. Sie erkennen bei all ihren Unterschieden ihre Gemeinsamkeiten, bauen gegenseitige Vorbehalte ab und beseitigen Ängste vor den anderen. Genau das brauchen wir.

Das kann und will ein Unterricht, in dem die Wertevermittlung aus der Sicht einer Religion erfolgt, nicht leisten. „Ich bin der Herr, dein Gott! Du sollst nicht andere Götter haben neben mir!“, lautet das erste christliche Gebot, und das ist im Prinzip Abgrenzung gegenüber all den vielen, die andere oder auch keine Götter haben. In diesem Sinne plakatierte „Pro Reli“: „Werte brauchen Gott.“ Ohne diesen einen Gott also keine Werte – Integration geht anders.

Nur das Fach „Ethik“ fördert Integration und gleichberechtigte Gemeinsamkeit. Eine Herauslösung dieses Faches aus dem Kanon der Pflichtfächer wäre ein herber Verlust für unsere multikulturelle Stadtgesellschaft.

### ● Die Sache mit der Wahlfreiheit.

Im Zusammenhang mit der Wertevermittlung ist Wahlfreiheit doch deshalb wichtig, um souverän seine Leitbilder auszuwählen, zwischen verschiedenen Haltungen abzuwä-

gen und seine Überzeugungen selbst zu entwickeln. Eine solche Wahlfreiheit ist aber nur gegeben, wenn das geistige Suchen nicht von vornherein in einem engen weltanschaulichen Korsett erfolgt. „Ethik“ garantiert durch seine weltanschauliche Neutralität genau diese Freiheit.

Eine von Anfang an religiös geprägte Werteerziehung schränkt diese Souveränität der eigenen Entscheidung und damit die Wahlfreiheit über die eigene Lebensgestaltung erheblich ein.

Zudem verkürzt „Pro Reli“ Wahlfreiheit zur Entscheidungspflicht zwischen zwei entgegengesetzten Wegen der Wertevermittlung. Das ist Wahlzwang zwischen zwei Unwählbarkeiten. Hat sich „Pro Reli“ für diesen faktischen Wahlzwang entschieden, weil es letztlich gar nicht um die Freiheit der Persönlichkeit, sondern eher um mehr Einfluss von Religion und Kirche auf die Persönlichkeit geht?



### ● Warum hat Rot-Rot in Berlin den Religionsunterricht „degradiert“?

Und warum haben SPD und LINKE an die Stelle des Religionsunterrichts das Fach „Ethik“ gesetzt? Es zieht einem die Schuhe aus, wenn man so etwas immer wieder hört. Denn am 26. April geht es nicht um die Abwehr „infamer postkommunistischer Attacken gegen die Grundlagen unserer Kultur“, sondern um den Erhalt eines grundgesetzlich geschützten Weges, der sich als gut für Berlin erwiesen hat.

Dass Religionsunterricht in Berlin ein freiwilliges Fach ist, hat die damals noch gemeinsame Berliner Stadtverordnetenversammlung 1947 mit großer Mehrheit beschlossen. Diese Regelung ist als zulässige Ausnahme ins Grundgesetz gekommen. Seit 60 Jahren!

Rot-Rot hat „Ethik“ als Pflichtfach eingeführt. Aber nicht auf Kosten des Religionsunterrichts, sondern über eine Kürzung bei „Geografie“ und „Arbeitslehre“. Und das Land Berlin erfüllt alle vom Grundgesetz geforderten Verpflichtungen: Es finanziert den Religionsunterricht (50 Mio. Euro pro Jahr), und garantiert, dass der Unterricht nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt werden kann.

Peter-Rudolf Zotl



## Vor und hinter Europas Mauer

Vor der Mauer stehen Russland, China, Indien und ganz Afrika. Kann diese Mauer, die die EU in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, den europäischen Wohlstand auf Dauer gegen den Rest der Welt sichern? Kann die Mauer die Flüchtlinge aus Afrika auf Dauer von uns fern halten? Kann die Mauer das Eindringen von chinesischen und indischen Produkten eindämmen? Jeder weiß, dass Europa keine Zukunft haben wird, wenn es sich abschottet.

### Globalisierung braucht Regeln

Die Globalisierungs-Politiker der vergangenen Jahre haben sich auch gern als Internationalisten verstanden. DIE LINKE wurde als „national sozial“ beschimpft. Man warf uns vor, dass wir nicht erkennen, welcher großer Gewinn die Globalisierung für alle Menschen sei. Wir haben immer gesagt, dass die Globalisierung klare Regeln braucht, doch diese Regeln wurden nicht aufgestellt. Im Gegenteil, die wenigen Regeln, die es gab, wurden sogar noch demontiert.

In der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Globalisierer von gestern zu Protektionisten. Opel wird nur gerettet – so der Wirtschaftsminister – wenn keine deutschen Steuergelder in die USA fließen. Dass die Deutsche Bank Steuergelder auf Grund der Krise des AIG-Versicherers aus den USA be-

kommen hat, stört keinen deutschen Regierungspolitiker. Es ist doch grotesk, dass die Politiker, die immer von der kompletten Vernetzung der Finanzströme reden, plötzlich eine Finanzmauer zwischen Deutschland und den USA aufbauen wollen. Natürlich ist es nicht zu verhindern, dass deutsche Steuergelder ins Ausland fließen. Wer immer noch glaubt, dass die Krise einzelstaatlich zu lösen sei, der hat gar nichts verstanden und sollte einen M/L-Grundlagenkurs belegen.

Auch hinter der Mauer gerät die europäische Welt aus den Fugen. Die EU ist keine Insel der Seligen. Die Spannungen zwischen und in den EU-Ländern drohen die EU zu sprengen. Der Finanzminister sieht immer noch keinen Handlungsbedarf, obwohl einige Länder vor dem Staatsbankrott und der Euro vor einer Zerreißprobe stehen. Die PDS hatte gegen die Einführung des Euro gestimmt. Das haben damals einige Bürger nicht verstanden. Jetzt zeigt sich, dass eine gemeinsame Währung und freier Kapitalfluss noch kein solides Konzept für Europa sind.

### Europa braucht eine starke LINKE

Oskar Lafontaine beschrieb in seiner Rede auf dem Essener Parteitag, dass die Ursachen für die weltweite Krise in der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung begründet sind. Er verwies darauf, dass es die Aufgabe der LINKEN sei, dafür zu sorgen, dass die Zeche für die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht die Arbeitnehmer, die Rentner und die sozial Bedürftigen bezahlen. Darum setzt sich

die LINKE auch so energisch dafür ein, dass endlich die Umverteilung von unten nach oben beendet wird und die zur Kasse gebeten werden, die sich in den letzten 20 Jahren eine goldene Nase verdient haben.

Am 7. Juni werden die Wähler entscheiden, ob der neoliberale Kurs der Brüssler Bürokratie fortgesetzt oder ob Europa sozialer, gerechter und solidarischer wird. Diese Entscheidung darf keinen kalt lassen. Dafür lohnt es sich, einen heißen Wahlkampf zu führen.

*Gesine Lötzsich*

### Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsich** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Nachtsprechstunde – „Lange Nacht der Ahrenshooper“:**  
8. April, 20 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden!), sowie nach Vereinbarung

**Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**

*Mehr als 400 Bewerbungen erhielt Gesine Lötzsich für ihre alljährliche Frauentagsfeier im Bundestag. Wegen der großen Nachfrage finden auch einen Monat nach dem 8. März noch Veranstaltungen mit der Abgeordneten statt.*

*„Es gibt den Vorwurf, dass wir antieuropäisch seien ... Wir sind in jeder Hinsicht proeuropäisch. Ich beweise Euch, dass die Bundesregierung antieuropäisch ist: Sie haben eine Verfassung erarbeitet. Dann haben sie die Verfassung vier Völkern zum Volksentscheid vorgelegt ... Eine Bevölkerung hat Ja gesagt, das war die in Luxemburg, und drei Bevölkerungen haben mehrheitlich Nein gesagt – Irland, Frankreich und Holland. Was war ihre Schlussfolgerung? Sie hätten ja sagen können, wir müssen die Verfassung neu erarbeiten. Wir brauchen die Zustimmung der Mehrheit sämtlicher Bevölkerungen der EU-Ratsmitglieder. Ihre Schlussfolgerung war genau die umgekehrte. Sie haben gesagt, wir taufen das um und lassen einen Abschnitt weg, und dann machen wir das nur in den Parlamenten ...“*

*Gregor Gysi auf dem Parteitag der LINKEN in Essen*



Foto: Büro Lötzsich



## Kochen mit Gesine Löttsch

Zum Kochen laden Gesine Löttsch und das Ring-Center am 22. April um 17 Uhr ein. Mit dieser Aktion setzt die Bundestagsabgeordnete ihre Kochreihe fort – beim letzten Mal schwang Peter Sodann, Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten, den Kochlöffel im Linden-Center.

Den Rahmen für die nächste Veranstaltung bildet die Ausstellung „Illumination Reichstag“ vom 16. bis 25. April.

Die Besucher des Linden-Centers haben am 20. und 21. April auch wieder die Möglichkeit, ihre Beschwerden, Anliegen oder Probleme über einen „Kummerkasten“ ihrer direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch mitzuteilen. Am 22. April ab 17 Uhr wird zudem Kersten Naumann, Vorsitzender des Petitionsausschusses des Bundestages, Beschwerden an den Bundestag entgegennehmen.

*Der Kommissar rührt um: Peter Sodann zauberte am 11. März mit den „Käfer“-Köchen „Bratwürstchen an Spitzkohlgemüse“ und diskutierte dabei über die aktuelle Politik.*



## Buchtipps



### „Erinnerungsindustrie“

Praxis der konservativen Massenmedien, von Gedenkstätten und Forschungsverbänden, ihrer Publizisten, Politikwissenschaftler und Funktionäre ist es seit Monaten, Bilder zu vermitteln, wie die DDR im sogenannten Jubiläumsjahr 2009 zu sehen sei. Ihr Prinzip: „Die öffentliche Meinung ist die veröffent-

lichte Meinung“. Ihre verzerrte Sicht der DDR-Vergangenheit erheben sie zur einzig zulässigen. Sie schwätzen vom „Unrechtsstaat“ vom „Schießbefehl“, von einer maroden Wirtschaft. Solchen realitätsfernen Darstellungen widerspricht der Autor Ralph Hartmann, ehemaliger DDR-Botschafter in Jugoslawien, in seinem neuen Buch vehement. Lesenswert – weil es Wissen bereichert.

*Franz-Karl Hitze*

- Ralph Hartmann: **„DDR-Legenden – Der Unrechtsstaat, der Schießbefehl und die marode Wirtschaft“** Verlag edition ost, Berlin 2009, 224 Seiten, ISBN 978-3-360-01804-5, 14,90 €

## info links

### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de)

Web: [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

**Redaktionsschluss für Ausgabe 3/09:** 24.3.2009

**Redaktionssitzungen für Ausgabe 4/09:**

Mittwoch, 15.4. und 29.4., jeweils 15 Uhr

**Abgabeschluss für Texte und Fotos:** 27.4.

Die nächste Ausgabe erscheint am 7.5.2009

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

## Kultur im Bezirk

- **Dienstag, 7.4., 19 Uhr**  
Dokumentarfilm „Estland, mon amour“, mit Regisseurin Sibylle Tiedemann; Galerie Carlshorst, Treskowallee 115
- **Mittwoch, 8.4., 18 Uhr**  
Lesung: „Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland und ihre Rückkehr in die UdSSR“, mit Historiker Dmitri Stratiewski; Museum Carlshorst, Zwieseler Straße 4
- **Mittwoch, 8.4., 19 Uhr**  
Ausstellungseröffnung: Konrad Knebel, Maler, Chronist Berliner Stadtquartiere; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99
- **Mittwoch, 8.4., 19.30 Uhr**  
Wartenberger Konzerte, Kantorei der Kirche zu Wartenberg und Sinfonieorchester sowie der Kinderchor Singewind, Leitung Natalie Miller; Falkenberger Chaussee 93
- **Freitag, 10.4., Sonnabend, 11.4., 20 Uhr**  
Humor, Spott, Ironie, Satire: „Von links nach quer gelacht“; Zimmertheater Carlshorst im Kulturhaus, Treskowallee 115, Reservierung unter: 553 46 16
- **Ostersonntag, 12.4., 11 Uhr**  
Schlosskonzerte: Beethoven in Berlin, Raffinierte Raritäten, Ensemble Anima Inventrix Berlin; Schloss Friedrichsfelde, Tierpark Berlin, Eintritt: 18 €
- **Dienstag, 21.4., 19 Uhr**  
Ausstellungseröffnung: „Die Kunst des erotischen Exlibris“, Bucheignerzeichen aus der Sammlung Dr. Blum; Galerie Carlshorst, Treskowallee 115
- **Mittwoch, 22.4., 14.30 Uhr**  
Ergötliches und Besinnliches von Wilhelm Busch; Begegnungsstätte, Hönowener Straße 30a, Eintritt: 4 €
- **Donnerstag, 23.4., 16 Uhr**  
Buchvorstellung und Lesung: „Erlebtes Indien“, mit Manfred Uessler; Alte Schmiede, Spittastraße 40
- **Freitag, 24.4., 10 Uhr**  
„Rumpelstilzchen“, Kindermusical mit dem Puppen-Musik-Theater „Zauberton“ (UNESCO-Welttag des Buches); Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz
- **Sonnabend, 25.4., 18 Uhr**  
Musikalisches und Literarisches: Wilhelmine von Bayreuth – die Lieblingsschwester von Friedrich dem Großen; Schloss Friedrichsfelde, Tierpark, Eintritt 18 €
- **Freitag, 26.4., 14 Uhr**  
„Im Fadenkreuz des Misstrauens – Gräber von Repressierten“, Friedhofsspaziergang mit Prof. Jürgen Hofmann; Treff: Eingang Zentralfriedhof Friedrichsfelde, 4/2 €